

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine sehr geehrten Damen und Herren**

„Alles wird anders oder bleibt wie es ist“ – mit diesen Worten habe ich im vergangenen Jahr meine Haushaltsrede zur Einbringung des Etatentwurfes für das Jahr 2009 begonnen. Damals sollten diese Worte dazu dienen, die Skepsis und die Unsicherheit zu dem neuen Haushaltsrecht der Doppik zu nehmen. In diesen Tagen bekommen diese Worte aber eine ganz andere Bedeutung.

Im vergangenen Jahr konnten wir alle mit ein wenig Stolz darauf schauen, dass es uns gelungen war, das in den Jahren 2002 bis 2004 aufgelaufene Haushaltsdefizit von rund 4 Mio. Euro durch unseren konsequenten Sparkurs, aber vor allem auch durch die gute Entwicklung der Wirtschaft und der damit einhergehenden steigenden Einnahmen vollständig abzubauen. Nach diesen drei Katastrophenjahren ist es uns auch durch schwierige Entscheidungen wie etwa die Anhebung der Grundsteuerhebesätze gelungen, jedes Jahr ein jahresbezogen positives Haushaltsergebnis zu erwirtschaften, was dazu führte, dass wir Stück für Stück das Defizit wegknabbern konnten. Ich sage, wir konnten mit Stolz darauf zurückblicken, weil das wahrlich den allermeisten Kommunen in Deutschland schon lange nicht mehr gelungen ist.

Die positive Entwicklung unserer Finanzsituation haben wir genutzt, um wichtige Investitions- und Sanierungsmaßnahmen zu beschließen, anzuschieben und teilweise umzusetzen. Wichtige Investitionen in die Infrastruktur unserer Gemeinde, um sie im Wettbewerb mit den anderen Kommunen lebens- und liebenswert zu erhalten. Vor allem denke ich da an unser Parkbad und an das Sanierungsprogramm bei den Schwarzbachhallen sowie den Neubau des Kindergartens Linsenberg.

Doch dann passierte etwas, beginnend in den USA, was unser ganzes Land, ja die ganze Welt erschüttert hat. Plötzlich war alles anders, um bei den Worten zu bleiben, und das bisherige Handeln von Politik hat sich ebenfalls völlig verändert. Die Weltwirtschaftskrise: Erst erfasste sie die Börsen, und die Kurse stürzten in den Keller, dann erfasste sie die Banken – große internationale Geldinstitute stürzten wie ein Kartenhaus zusammen und hörten teilweise auf zu existieren. Nur durch milliardenschwere steuerfinanzierte Rettungspakete der Länder konnte noch

Schlimmeres verhindert werden. Nach den Banken wurde schließlich auch die Realwirtschaft von dieser Welle der Zerstörung erfasst. Insolvenzen von Unternehmen waren die Folge. Und wieder mussten die Staaten mit milliardenschweren Programmen eingreifen, um wenigstens die Jobs der Menschen - soweit das geht - zu retten. Bis heute haben ganze Branchen Kurzarbeit – Tausende von Menschen sind betroffen.

In der Politik wird seitdem nur noch in Größenordnungen von Milliarden gesprochen, und durch die Rettungsprogramme ist die Staatsverschuldung von Bund und Ländern sprunghaft angestiegen. Alles ist plötzlich anders und nichts mehr wie es war.

Wirtschaftskrise lässt Einnahmen einbrechen

Meine Damen und Herren, dass diese Welle der Weltwirtschaftskrise letztendlich auch die Kommunen zeitversetzt erfassen würde, war uns, glaube ich, allen klar. Dennoch hatte ich die leise Hoffnung, dass es für uns durch die vielen Rettungspakete vielleicht doch nicht ganz so schlimm wird und wir mit einem blauen Auge davon kommen – wenigstens in 2009. Zumindest die Einnahmeentwicklung bei der Gewerbesteuer war noch bis zum Sommer relativ stabil, und die Rückgänge bei der Einkommenssteuer waren auch noch überschaubar. Als wir dann aber die Abrechnung der Einkommenssteuer für das dritte Quartal bekommen haben und die Orientierungsdaten des Landes, war klar: Es kommt noch viel schlimmer als befürchtet. Die Gewerbesteuer war immer schon eine recht unverlässliche und schwankende Größe, aber die Einkommenssteuer war stets eine gut zu kalkulierende und sichere Einnahmequelle.

Doch jetzt hat die Abrechnung des dritten Quartals 2009 ergeben, dass im laufenden Jahr die Einnahmen bei der Einkommenssteuer um 10 % und für das Haushaltsjahr 2010 noch einmal um mehr als 10 % einbrechen werden. Das ist nahezu ein Viertel unserer wichtigsten und größten Einnahmequelle, das uns im kommenden Jahr für die Erledigung unserer Aufgaben fehlen wird. Das sind Größenordnungen, die auf der Ausgabenseite nicht kompensiert werden können, und Sie können sich vorstellen, dass mir das einige schlaflose Nächte beschert hat. Wegen dieser dramatischen Entwicklung musste der Haushaltsplanentwurf überarbeitet und die

Einbringung verschoben werden. Ich danke ihnen, dass Sie dafür Verständnis gezeigt haben.

Standards belasten die Kommunen

Meine Damen und Herren, vor sieben Jahren waren neben Kriftel durch die geänderte Gesetzgebung im Bereich der Gewerbesteuer auch einige andere Kommunen betroffen, wobei es bei uns besonders extrem war. Dennoch ist die Situation dieses Mal völlig anders: Dadurch, dass gerade die Einkommenssteuer weggebrochen ist, sind alle Kommunen massiv von der Weltwirtschaftskrise betroffen, und selbst im reichen Main-Taunus-Kreis wird es, glaube ich, keiner Kommune gelingen, einen jahresbezogen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Alle haben die gleichen Probleme wie wir, und in den strukturschwächeren Gebieten sind sie noch bedeutend größer. Von der in der HGO festgeschriebenen kommunalen Selbstverwaltung ist nicht mehr viel übrig geblieben.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es auch so ärgerlich, dass trotz dieser bekannten Situation den Kommunen immer mehr Aufgaben und Standards aufgebürdet werden, an denen wir noch ersticken werden. Die Umstellung auf die Doppik, Eigenkontrollverordnung, Schulkinderbetreuung, der Rechtsanspruch auf Betreuung von Kleinstkindern, die höheren Standards bei der Kinderbetreuung, höhere Brandschutzauflagen, ein kompliziertes Vergabesystem, das die Kommunen ohne externe Hilfe gar nicht mehr rechtssicher bewältigen können und, und und.

Bitte verstehen sie mich nicht falsch! Das ist ja alles nicht schlecht und durchaus wünschenswert. Ich bin zum Beispiel ein glühender Verfechter von höherer Qualität im Bereich der Bildung und Erziehung – es kann aber nicht sein, dass die Qualität durch die jeweilige finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen bestimmt wird. Kinder müssen gleiche Chancen haben, unabhängig davon wo sie leben.

Bei vielen Dingen muss noch stärker gelten: Wer bestellt soll auch bezahlen! Aber von diesem Grundsatz sind wir immer noch sehr weit entfernt, weil die, die bestellen, schon längst auch nicht mehr zahlen können.

Und in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, noch eines: Ich weiß nicht, ob es wirtschaftspolitisch die richtige Entscheidung der neuen Bundesregierung ist, die Einkommenssteuer in Milliardenhöhe zu senken. Es mag

sein, dass das die Konjunktur belebt – die Zukunft wird es zeigen. Ich weiß aber eines sehr genau: Dass diese Einnahmeausfälle des Staates am Ende zusätzlich auch die Einnahmen der Gemeinde Kriftel reduzieren werden. Ich habe die Interessen der Gemeinde Kriftel zu, und deshalb muss ich diese Entscheidung kritisieren. Und ich bin sicher, ich spreche da auch vielen von Ihnen aus dem Herzen.

Ausgangslage: Steuerrückgang und Ausgabenmehrung

Meine Damen und Herren, bitte sehen Sie es mir nach, dass ich mir zu Anfang meiner Haushaltsrede erst einmal einwenig Luft gemacht habe. Nach diesem gesamtgesellschaftlichen Ausflug komme ich nun aber auf die konkreten Zahlen des Haushaltsplanentwurfes für das Haushaltsjahr 2010. Bei den folgenden Betrachtungen ziehe ich jeweils die ursprüngliche Planung des Haushaltsjahres 2009 vergleichend heran - und nicht die Werte des Nachtrages. Somit wird die Entwicklung, glaube ich, am deutlichsten.

Wie war die Ausgangssituation? Nach den Orientierungsdaten des Landes Hessen für die Haushaltsplanung mussten wir einen Einnahmerückgang bei der Einkommenssteuer in Höhe von 1.170.000 Euro gegenüber 2009 einplanen. Wir rechnen im kommenden Jahr nur noch mit einem Aufkommen des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer in Höhe von 5.630.000 Euro. Bei den Gewerbesteuern, bei denen ja sehr viel mehr die lokalen Besonderheiten eine Rolle spielen, rechnen wir ebenfalls mit einem deutlichen Rückgang gegenüber der Planung von 2009. Auch hier haben wir mit 3.200.000 Euro eine Million weniger eingeplant – hoffentlich nicht zu optimistisch. Insgesamt gehen wir davon aus, dass wir im Bereich der Steuern damit rund 2,2 Millionen weniger einnehmen werden als das für 2009 geplant gewesen ist.

Darüber hinaus fallen im kommenden Jahr keine Zahlungen mehr aus dem städtebaulichen Vertrag mit der Firma Wilma in Bezug auf das Baugebiet Ziegelei an. In 2009 haben wir hier noch 1.374.500 Euro erhalten. Somit verschlechtert sich die Einnahmesituation um mehr als eine weitere Mio. Euro. Insgesamt werden wir im kommenden Jahr damit ca. 3,55 Mio. Euro weniger Einnahmen einplanen können.

Hinzu kommt, dass wir auf der Ausgabenseite einige Steigerungen verkraften müssen, an den wir grundsätzlich nicht vorbei kommen. Zum einen werden die Personalkosten tarifbedingt steigen, ohne dass mehr Personal eingestellt wird: Hier werden Mehrkosten in Höhe von ca. 230.000 Euro entstehen. Die in der heutigen Sitzung beschlossene notwendige Kapazitätserweiterung sowie ebenfalls tarifliche Steigerungen im Bereich der Kinderbetreuung werden ebenso zusätzliche Kosten von ca. 290.000 Euro im kommenden Jahr mit sich bringen. Hinzu kommt noch eine erhöhte Umlage in Höhe von ca. 670.000 Euro, die wir an den Main Taunus-Kreis abführen müssen, obwohl der Umlageschlüssel nicht gestiegen ist. Zu guter Letzt wird das sanierte Parkbad im kommenden Jahr wiedereröffnet. Damit steigt nach der bisherigen Planung des Wirtschaftsplanes der Gemeindewerke die Kostenerstattung für den Betrieb des Parkbades auf rund 400.000 Euro an, wobei hier noch auf der Basis der alten Eintrittsgebühren kalkuliert wurde. Das sind 280.000 Euro mehr als in 2009, als das Bad geschlossen war.

Insgesamt sind das fixe Mehrkosten in Höhe von 1,472 Mio. Euro, die wir im kommenden Jahr verkraften müssen.

Fügt man Einnahmereduzierung und Ausgabensteigerung zusammen, war die Ausgangslage von vornherein, also wenn wir keine Haushaltspositionen verändert hätten, eine Verschlechterung des Ergebnisses von rund 5,02 Mio. Euro. Eine schwindelerregende Zahl und eine Größenordnung, bei der von vornherein klar war, dass man sie nicht durch Sparmaßnahmen alleine wird ausgleichen können. Zum Vergleich, um die Größenordnung klarer zu machen: Wir könnten dieses Defizit nur stopfen, indem wir die kompletten Personalkosten, die kompletten Kosten für die Kinderbetreuung und den Zuschuss zum Parkbad aus dem Haushalt heraus nähmen.

Das war die Ausgangssituation, meine Damen und Herren. Ausgangssituation war auch, dass wir bereits in den vergangenen Jahren immer schon sehr sparsam gewirtschaftet haben, so dass eine weitere Ausgabenreduzierung bei den bestehenden Aufgaben immer schwieriger wird.

Defizit von 3,15 Mio.

Meine Damen und Herren, das Jahresergebnis insgesamt berücksichtigt neben den Finanzerträgen und –aufwendungen, also den Zinsen, auch noch außerordentliche

Erträge und Aufwendungen. Hauptsächlich wird das Jahresergebnis deshalb positiv beeinflusst, weil wir eine Rückstellung, die wir für die Kreisumlage in der Eröffnungsbilanz einstellen mussten, um die jährlichen Schwankungen in diesem Bereich zu glätten, zum Teil auflösen und damit eine Einnahme in Höhe von 1,6 Mio. Euro gegenrechnen können. Das schreibt das Haushaltsrecht so vor und verschlechtert die Eröffnungsbilanz, verbessert aber das Jahresergebnis in 2009 und 2010, weil wir hier sehr hohe Umlagen an den Kreis zahlen müssen.

Insgesamt weist der Entwurf der Haushaltssatzung damit Aufwendungen in Höhe von 19.847.254 Euro und Erträge in Höhe von 16.699.075 Euro aus, was einem negativen Jahresergebnis - also einem Defizit - von 3.148.179 Euro entspricht.

Politische Schwerpunkte in schwieriger Zeit

Meine Damen und Herren, ich habe eben erläutert, dass die Verwaltung und der Gemeindevorstand bei der Haushaltsplanung erneut sehr restriktiv vorgegangen sind und jede Position auf mögliche Einsparpotentiale untersucht haben. Wenn der Finanzrahmen enger wird, ist das auch absolut notwendig.

Aber auch wenn der Finanzrahmen enger wird - oder gerade dann wenn der Finanzrahmen enger wird, ist es Aufgabe der Politik, Schwerpunkte zu bilden. Das sind die Bereiche unserer Kommunalpolitik mit denen wir die Besonderheiten der Gemeinde Kriftel weiter stärken und im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger vorantreiben wollen. Diese Schwerpunkte bilden sozusagen den Charakter unserer Gemeinde ab.

Meine Damen und Herren, seit Jahren verfolgen wir das Ziel, eine besonders familienfreundliche Gemeinde zu sein. Neben den umfassenden Bildungs- und Erziehungsangeboten in allen Alterssegmenten gibt es zahlreiche familienpolitische Maßnahmen, wie etwa unsere großartigen Ferienspiele, die Spiele im Park und das Förderprogramm für junge Familien, die wir aufgebaut haben. Wir wollten und wollen besonders gute Lebensbedingungen für junge Familien in Kriftel schaffen, um auch zu erreichen, dass wir verstärkten Zuzug in diesem Bereich erzeugen. Das, meine Damen und Herren ist uns, glaube ich, wahrlich gelungen, wie insbesondere die gestiegenen Kinderzahlen belegen. Die „Aktion Familienfreundliches Kriftel“ wird immer stärker auch von den Bürgern so wahrgenommen. Dieser Ruf ist aber auch eine Verpflichtung für die Zukunft.

Bildung und Erziehung bleibt vordringlich

Deshalb ist der wichtigste Schwerpunkt dieses Haushaltes der weitere bedarfsgerechte Ausbau der Angebote im Bereich der Kinderbetreuung. Damit ist zum einen die Verbesserung der Situation in den bestehenden Kindergärten verbunden, zum anderen werden wir auch die nötige Kapazitätserweiterung im Bereich der Kindergärten sowie im Bereich der Krippenplätze im kommenden Jahr vorantreiben.

Die Planungen für den Neubau des Kindergartens Linsenbergrind sind in der letzten Phase. Sicher erscheint es dem ein oder anderen so zu sein, dass wir eigentlich schneller vorankommen müssten. Aber das Verfahren ist sehr aufwendig. Und bislang hat es sich auch als äußerst positiv erwiesen, sämtliche Schritte sowohl mit dem Träger als auch mit dem Team der Einrichtung abzustimmen, was natürlich Zeit kostet. Aber nur so kann sichergestellt werden, dass nicht am Ende noch einmal kostenintensiv nachgebessert werden muss. Nach der Projektplanung kann aber nun verlässlich davon ausgegangen werden, dass wir im kommenden Jahr mit dem Bau beginnen, so dass wir Anfang 2012 den neuen Kindergarten in Betrieb nehmen können. Somit erstreckt sich die Investition von insgesamt rund 4. Mio. Euro auf drei Haushaltsjahre. Für das kommende Jahr sind 370.000 Euro für den ersten Bauabschnitt vorgesehen.

Ebenfalls im kommenden Jahr werden wir mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm den Kindergarten Vogelneest durch einen Anbau im Eingangsbereich erweitern und damit die beengte räumliche Situation verbessern. Leider mussten wir das Raumprogramm reduzieren, weil wir ansonsten durch konjunkturprogrammbedingt höhere Baupreise nicht im Kostenrahmen geblieben wären.

Durch die sprunghaft angestiegene Anzahl der Kinder, die einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz haben, ist es unumgänglich, dass wir die Kapazitäten erweitern. Dabei ist zu erwähnen, dass der Zuwachs nicht alleine auf das Neubaugebiet Ziegelei zurückzuführen ist. Diese Kinder hätten wir mit den bestehenden bereits erweiterten Kapazitäten aufnehmen können. Nach der Bedarfsberechnung ist es nun aber erforderlich, eine zusätzliche Einrichtung mit drei Kindergartengruppen und einer weiteren Gruppe für Krippenkinder kurzfristig zu errichten. Wegen der Kurzfristigkeit kann das nur in Modulbauweise geschehen. Als besten Standort für

diese Übergangslösung hat sich die Gemeindevertretung in dieser Sitzung für die Fläche am Platz von Airaines entschieden. Die Bau- und Mietkosten werden mit dem Nachtragshaushaltsplan 2009 finanziert, aber die Mehrkosten für den Betrieb schlagen nach den Planungen im kommenden Jahr mit ca. 220.000 Euro zu Buche.

Insgesamt gibt die Gemeinde für den Betrieb der Kindergärten dann im kommenden Jahr 1,4 Mio. Euro aus. Hinzu kommt die Unterdeckung des Hortes mit ca. 300.000 Euro. Mit diesen Maßnahmen in 2010 wird es uns im Vergleich zu 2006 dann gelungen sein, die Anzahl der Kindergartenplätze um ca. 80 und die Anzahl der Krippenplätze um 32 Plätze zu erhöhen. Hinzu kommen noch die Kapazitätserweiterung im Kinderhort und eine erhebliche Aufstockung der Ganztagsplätze. Darauf können wir stolz sein.

Aber es zeigt auch, dass der Bereich der Kinderbetreuung im Haushalt immer mehr Raum gewinnt. In diesem Zusammenhang ist der Satz der Vorsitzenden des Sozialausschusses, Frau Sittig, sicher richtig: „Wir werden in Zukunft für die Kinderbetreuung noch mehr Geld in die Hand nehmen müssen.“ Dennoch dürfen wir auch hier die finanzpolitischen Rahmenbedingungen nicht aus den Augen verlieren. Investitionen für die Zukunft unserer Kinder dürfen nicht zur erdrückenden finanziellen Last für unsere Kinder in der Zukunft werden. Deshalb werden wir uns auch nicht um alle Einrichtungen gleichzeitig kümmern können. Ich sage das deshalb so ausdrücklich, weil ich mich doch über den Presseartikel zum Montessori Kinderhaus sehr geärgert habe. Wir werden auch in Zukunft stetig die Bedarfssituation analysieren und jedes Jahr aufs Neue zu prüfen haben, ob und welche Maßnahmen für ein bedarfsgerechtes Angebot ergriffen werden müssen, wo Handlungsbedarf besteht und was wir uns wann leisten können.

Seniorenpolitik ist Familienpolitik

Meine Damen und Herren, mit der Familienpolitik bleibt auch Schwerpunkt unseres kommunalpolitischen Handelns, dass wir uns um die Belange der älteren Menschen in unserer Gemeinde kümmern. Deshalb ist es dem Gemeindevorstand auch so wichtig, dass das Projekt Pflege- und Seniorenzentrum am Brunnenweg endlich umgesetzt wird. Wir sind seit Wochen in intensiven Verhandlungen sowohl mit dem Investor (Konzeptbau) als auch mit dem Betreiber (DRK). Wie schwierig die Realisierung eines solchen Projektes ist, mussten wir im vergangenen Jahr

schmerzlich erleben und können das auch in unserer Nachbarstadt Hofheim und sogar in Eschborn beobachten. In Kriftel sind wir allerdings sehr zuversichtlich, dass das Projekt im kommenden Jahr endlich umgesetzt wird. Sowohl der Investor, der zurzeit damit beschäftigt ist, zusätzlich den Kindergarten in seine Planungen zu integrieren, als auch das DRK haben erklärt, dass sie sich auf der Zielgeraden befinden. Angesichts der schwierigen Finanzlage wird jetzt aber deutlich, wie wichtig es war, dass sich die Gemeinde für den Standort Brunnenweg entschieden und festgelegt hat, dass sie sich nicht finanziell an der Umsetzung beteiligen wird.

Natürlich stellen wir die Erschließung erst her, wenn alle Verträge unter Dach und Fach sind und das Projekt umgesetzt wird. Sollte uns das gelingen, hätten wir endlich ein lange gehegtes Ziel erreicht und unsere Infrastruktur komplett.

Neben dem Pflegezentrum wollen wir im kommenden Jahr aber auch noch ein weiteres zusätzliches Angebot für die Krifteler Senioren schaffen. Gemeinsam mit dem Main-Taunus-Kreis möchten wir die Einrichtung einer aufsuchenden Seniorensozialarbeit ins Leben rufen. Wir beteiligen uns damit an einem Projekt des Kreises, der einen Teil der Kosten übernehmen wird. Der demographische Wandel bringt es mit sich, dass die Menschen, auch in Kriftel, immer länger leben und natürlich auch der Anteil von älteren Menschen in der Gemeinde zunimmt. Nicht selten sind alte Menschen auf sich alleine gestellt, weil die Angehörigen durch den Beruf sehr weit weg wohnen. Kommen Krankheit und soziale Schwierigkeiten dazu, wissen diese Menschen oft nicht wie sie sich helfen können bzw. wo ihnen geholfen werden kann. Dieser Problematik soll die aufsuchende Seniorensozialarbeit gemeinsam und vernetzt mit den vielen bereits bestehenden ehrenamtlichen Initiativen Rechnung tragen. Zur Bewältigung dieser Aufgabe wird die Gemeinde entweder die Zusammenarbeit mit einer anderen Kommune oder mit einem erfahrenen Sozialverband anstreben. Erste Gespräche mit der Stadt Hattersheim und mehreren Sozialverbänden haben bereits stattgefunden und sind erfolgsversprechend. Für die Seniorensozialarbeit sind im Ergebnisplan Aufwendungen in Höhe von 22.500 Euro eingestellt, denen der Zuschuss des Kreises in Höhe von 7.500 Euro gegenüber steht.

Parkbad – Gebührenerhöhung unvermeidbar

Meine sehr geehrte Damen und Herren, einen weiteren Schwerpunkt hat die Gemeindevertretung mit der Entscheidung, unser Parkbad zu sanieren, gesetzt. Es war eine sehr mutige Entscheidung für unsere Gemeinde, 5,5 Mio. Euro in die Erhaltung und Förderung der Lebensqualität zu investieren. Uns war allen bewusst, dass die Finanzierungskosten der Investition weit über den Einsparungen bei den Betriebskosten durch die neue Technik liegen werden. Der Zuschuss an die Gemeindewerke für den Betrieb im kommenden Jahr ist im Haushaltsplanentwurf mit ca. 400.000 Euro eingestellt. Dabei wurde allerdings noch mit einem Gebührenaufkommen aus der Vergangenheit kalkuliert, weil noch keine neuen Eintrittsgebühren festgelegt sind. Der Gemeindevorstand sowie die Betriebskommission werden sich aber im Januar mit dem Gebührensystem beschäftigen und der Gemeindevertretung einen Vorschlag machen. Es muss Ziel sein, das Defizit des Parkbades erheblich zu reduzieren. Das kann mit einer Anhebung der Gebühren erreicht werden, aber auch damit, dass eine Zusammenarbeit mit dem Hattersheimer Schwimmbad in geeigneter Form dazu beiträgt Kosten zu sparen und ggf. die Attraktivität für die Bürger steigert. Auch die Stadt Hattersheim hat Interesse an einer solchen Interkommunalen Zusammenarbeit. Natürlich hebt niemand gerne Gebühren an, aber um den Betrieb dauerhaft sicher zu stellen werden wir nicht darum herum kommen. Ich denke, auch die Bürger haben dafür Verständnis.

Natürlich belastet uns die Sanierung des Parkbades gerade jetzt in dieser schwierigen Phase finanziell sehr stark. Ich bin aber heilfroh, dass wir die Entscheidung getroffen haben in einer Zeit, in der wir sie noch treffen durften. Jetzt hätten wir das wohl nicht mehr genehmigt bekommen, und die Folge wäre irgendwann die Schließung des Bades gewesen. Ich hoffe, das wird auch durch die Bürger erkannt und entsprechend gewürdigt wird.

Ehrenamt wird weiter gefördert

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist das Naheliegende, wenn man Ausgaben schnell reduzieren muss, dass man vor allem an die freiwilligen Leitungen denkt. Die Ehrenamts- und Vereinsförderung könnte da besonders schnell in den

Fokus geraten. Aber ich nehme es vorweg: Genau das hat der Gemeindevorstand ganz bewusst nicht getan. Warum?

Kriftel wäre nicht Kriftel, gäbe es nicht eine unheimlich hohe Bereitschaft der Menschen, sich für ihre Gemeinde zu engagieren. Wenn ich eben gesagt habe, dass die politischen Schwerpunkte die Seele einer Gemeinde ausmachen, dann trifft das insbesondere bei uns in Kriftel auf den Bereich des Ehrenamtes zu. Es ist ein Teil unseres bisherigen Erfolgsrezeptes dass wir bei der Bewältigung von Aufgaben streng nach dem Subsidiaritätsprinzip vorgehen. Vieles könnten wir uns in Kriftel nicht leisten, wenn es nicht ehrenamtlich geleistet würde. Ich denke da unter anderem vor allem an die Kultur und die Jugendarbeit. Aber auch die Ferienspiele sind so ein Beispiel. Wenn die Menschen bereit sind, etwas für die Gemeinschaft zu tun, dann muß diese Bereitschaft gefördert und unterstützt werden. Auch ein Stück Anerkennung ist damit verbunden. Wenn wir jetzt trotz der großen Probleme die Vereinsförderung nicht senken und auch keine Gebühren für unsere Hallen und Vereinsräume erheben, dann soll das auch ein deutliches Signal an alle ehrenamtlich Tätigen sein. Und deshalb rufe ich allen zu, die sich ehrenamtlich einsetzen und für die Gemeinschaft engagieren: „Wir brauchen Sie alle und in Zukunft noch mehr, und Sie können sich darauf verlassen dass wir das Engagement jedes einzelnen schätzen, dankbar dafür sind und es nach Kräften fördern werden.“

Investitionen in Sportstätten

Meine Damen und Herren, das ist auch der Grund, warum wir weiter in unsere Sportstätten investieren werden. Für die Schwarzbachhallen wird das Sanierungskonzept weiter fortgesetzt und mit Hilfe des Konjunkturprogramms noch einmal verstärkt. Insgesamt investieren wir hier im kommenden Jahr 260.000 Euro, die in dem Finanzhaushalt für diese Maßnahme bereitgestellt werden sollen. Hinzu kommt noch, dass der Bau der neuen Halle an der Konrad-Adenauer-Schule im Frühjahr 2010 beginnt. Nach der Verwaltungsvereinbarung mit dem Main-Taunus-Kreis müssen wir in 2010 die erste Rate des Anteils der Gemeinde in Höhe von 800.00 Euro bezahlen. Mit der neuen Halle werden wir die Kapazitätsengpässe für die Vereine beseitigen. Auch hier sollten wir froh sein, dass sowohl der Kreis zugewinkt hat, als die wirtschaftliche Situation noch eine bessere war und auch wir diese schwere Entscheidung gefällt haben. Auch hier glaube ich, dass das Zeitfenster sehr klein gewesen ist. Natürlich gibt es auch Kritiker, die beklagen, dass

wir die Halle nicht größer und mit einer Tribüne gebaut haben wollen. Das hätte uns aber mehr als eine halbe Mio. Euro mehr gekostet, und auch die Vereinskommision hat eingesehen, dass wir uns das nicht leisten können. Kriftel hat zwei Großhallen mit einer Tribüne – etwas, wovon andere nur träumen können.

Meine Damen und Herren, ich habe eben die politischen Schwerpunkte für das kommende Jahr genannt. Diese bedeuten zum Teil erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen für den Haushalt der Gemeinde. Ich habe auch davon gesprochen, dass wir erneut versucht haben, den ohnehin auf absoluter Sparflamme kochenden Haushalt noch einmal weiter gedrosselt haben. Aber zur Wahrheit der Vergangenheit gehört auch, dass sämtliche Sparbemühungen nicht ausgereicht hätten, um das Defizit abzubauen, wenn nicht auch die Einnahmesituation erheblich angestiegen wäre. Und wahr ist ja auch, dass wir die heutigen Probleme auch nicht Ausgabensteigerungen sondern den wegbrechenden Einnahmen durch die Weltwirtschaftskrise zu verdanken haben.

Wirtschaftsförderung sichert Einnahmen

Deshalb war es und wird es zukünftig noch mehr ein Schwerpunkt unserer Kommunalpolitik sein, dass wir uns um die Stabilisierung bzw. Steigerung der Einnahmen kümmern. Das scheint mir auch für die Zukunft die einzige Chance zu sein, den Anstieg der Defizite zu bremsen und - wenn alles gut läuft - auch wieder zurückzufahren. Das Stichwort für diesen politischen Schwerpunkt heißt Wirtschaftsförderung. Durch eine wesentliche Intensivierung der Kontaktpflege zu den Unternehmen in Kriftel aber auch darüber hinaus ist uns in dem Bemühen, zusätzliches Gewerbe in Kriftel anzusiedeln, in den vergangenen Jahren schon einiges gelungen. Das Bürocenter TwentyM, die Märkte an der Hattersheimer Straße und die Gewerbeansiedlungen an der L3011 sind Beispiele dafür. Wirtschaftsförderung ist dabei ein verdammt kompliziertes und zeitaufwendiges Projekt, das hervorragend durch meinen Kollegen Franz Jirasek vorangetrieben wird. Es wird nach außen nicht sichtbar, wie viel Zeit dieser Bereich unserer politischen Schwerpunkte in Anspruch nimmt. Und das umso mehr, weil wir auch bei den Gewerbeansiedlungen in der Vergangenheit in keinem Fall über ein eigenes Grundstück verfügt haben. Alles funktioniert nur über den Verhandlungsweg zwischen Grundstückseigentümer, Unternehmer ggf. Projektentwickler und am Ende mit der Politik.

Diese Mühe, meine Damen und Herren, lohnt sich. Zum einen werden die neuen Unternehmen dazu beitragen, dass die finanzielle Basis für die Gemeinde breiter wird. Zum anderen ist es aber auch gelungen, Hunderte von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Kriftel anzusiedeln. Allein im Bürocenter twentyM arbeiten ca. 600 Menschen in einem Gebäude, das noch vor 4 Jahren nahezu leer stand. Wir haben unsere Aufgaben gemacht. Deshalb ist es umso ärgerlicher, dass wir immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen bekommen. Es kann und darf doch nicht sein, dass es eine Gemeinde wie Kriftel mit hervorragenden Standortbedingungen gibt, mit einer erfolgreichen Wirtschaftsförderung – doch investieren dürfen die Unternehmen dann aber erst einmal nicht, weil Nachbarn klagen oder das Planungsrecht davon ausgeht, dass es nicht unsere Aufgabe ist, Geld zu verdienen – das dürfen nur die Großen, 100 Meter weiter auf der anderen Seite der Autobahn. Mit solchen Behinderungen muss endlich aufgeräumt werden, gerade in einer so schwierigen Zeit wie dieser.

Trotzdem müssen diese Bemühungen konsequent weiter verfolgt werden. Beispiele aus anderen Kommunen zeigen, dass ganz oft das Wohl oder Weh der jeweiligen Gemeinde von der Höhe der Gewerbesteuer abhängig ist. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir durch den Bau der verkehrswichtigen Zubringerstraße die Voraussetzungen schaffen, dass sich weiteres Gewerbe in Kriftel ansiedeln kann. Wir haben lange auf den Bewilligungsbescheid für die Landeszuwendung gewartet. Seit vorgestern haben wir ihn jetzt endlich im Haus, und wir können mit den Baumaßnahmen im kommenden Jahr beginnen. Das ist eine wirklich gute Botschaft für die Gewerbetreibenden und auch eine gute Botschaft für die Gemeinde. Nach dem Förderbescheid des Landes müssen wir jedoch die Straße vorfinanzieren und können erst ab dem Jahr 2012 Zahlungseingänge verbuchen. Mit 2 Mio. Euro ist die Straße damit auch die größte Haushaltsposition im Finanzhaushalt für das kommende Jahr. Eine aus Sicht des Gemeindevorstandes aber absolut notwendige und hoffentlich auch rentierliche Investition. Insgesamt rechnen wir nach der Kalkulation des Planungsbüros mit Kosten in Höhe von 3,85 Mio. Euro. Dagegen stehen auf der Einnahmenseite spezielle Deckungsmittel durch die erwartete Landeszuwendung und Erschließungsbeiträge in Höhe von rund 2,1 Mio. Euro.

Erschließungsstraße kommt

Mit dem Bau der Straße ist es aber nicht getan: Das Gebiet Mönchhof muss neu überplant werden, um eine sinnvolle städtebauliche und Gewerbeentwicklung zu erreichen. Hierzu haben wir ein Planungsbüro beauftragt. Das Ergebnis werden wir im Frühjahr der Gemeindevertretung zur Beratung vorlegen. Es muss uns einfach gelingen, zusätzliche Einnahmen durch die weitere Entwicklung unseres Gewerbegebietes für die Gemeinde zu generieren. Wir werden uns sonst unsere politischen Schwerpunkte und Ziele, die ich eben ausgeführt habe, auf Dauer nicht leisten können. Ich sage das an dieser Stelle vor allem zu den Kritikern dieses Straßenbauprojektes. Wer ausgeben will, muss auch Einnahmen wollen.

Investitionsprogramm 4,15 Mio. schwer

Meine Damen und Herren, mit der Darstellung der politischen Schwerpunkte habe ich nur einige wenige Haushaltspositionen erläutert und dabei auch Investitionen und laufende Ausgaben themenbezogen miteinander vermischt. Durch die einbrechenden Steuereinnahmen und das Fehlen des finanziellen Spielraumes haben wir uns bei den Investitionen auf das beschränkt, was durch Beschlüsse dieses Hauses bereits auf den Weg gebracht worden ist. Für größere zusätzliche Maßnahmen werden wir auf Sicht keine Mittel mehr zur Verfügung haben. Wir werden uns auf das Beschlossene beschränken müssen und darüber hinaus nur nach dem umsetzen können, was unabdingbar notwendig ist. Dennoch hat das bestehende Investitionsprogramm immer noch ein sehr beträchtliches Volumen. Mit dem Beschluss über den Nachtragshaushalt 2009 wurden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 10,8 Mio. Euro gebildet, die wir bis 2013 investieren wollen. Ein ehrgeiziges Programm! Der Finanzhaushalt 2010 weist ein Volumen von 4,16 Mio. Euro aus, dem lediglich ca. 2,435 Mio. Euro als spezielle Deckungsmittel gegenüber stehen. Die Lücke von 1,7 Mio. werden wir erneut durch die Aufnahme zusätzlicher Kredite decken müssen, weil keine Zuführung aus dem Ergebnishaushalt möglich ist. Damit steigt unsere Schuldenlast auf ca. 19 Mio. Euro bei den langfristigen Verbindlichkeiten. Hinzu kommen noch die 3,73 Mio. kurzfristige Schulden aus dem Ergebnisbereich. Das ist schon eine beängstigende Entwicklung.

Gebühren bleiben weitgehend stabil

Meine Damen und Herren, positiver sieht es da im Bereich unserer Gebührenhaushalte aus. Hier wird es uns im kommenden Jahr erneut gelingen, die Belastungen der Bürger weiterhin nahezu stabil zu halten. Bei den Abfall- und den Kinderbetreuungsgebühren wird es im kommenden Jahr zu keinen Veränderungen kommen. Bei den Wasserbenutzungsgebühren ist eine leichte Erhöhung notwendig, und im Abwasserbereich kommt es lediglich zu einer aufkommensneutralen Verschiebung der Gebühren zwischen Schmutz- und Oberflächenwasser. Gerade bei Wasser und Abwasser zählen die Gebühren aber auch nach der Erhöhung immer noch zu den günstigsten im Main-Taunus-Kreis - und das schon seit Jahren. Das ist sicher gerade in einer Zeit, in der es auch für die privaten Haushalte wirtschaftlich enger wird, eine gute Nachricht für unsere Bürger!

Bei denjenigen Gebührenhaushalten, die die Gemeinde seit Jahren aus dem Haushalt subventioniert, kommen wir aber an einer Gebührenanhebung nicht herum, um den Haushalt zu entlasten. So ist es vor allem im Bereich Friedhof durch ein neues System der Gebührenkalkulation im Zusammenhang mit der Optimierungsplanung für den Friedhof gelungen, das Defizit von Jahr zu Jahr zu reduzieren. Mittlerweile werden die Bestattungsgebühren zu 100 % gedeckt, und auch bei den Nutzungsrechten werden wir fast bei allen Grabarten auf 100% erhöhen, wobei wir daran festhalten, dass 25 % der Kosten - der Anteil des öffentlichen Grüns - nicht im Gebührenhaushalt berücksichtigt werden. Damit reduziert sich die Belastung für den Haushalt von 35.000 Euro in 2009 auf ca. 20.000 Euro in 2010. Da der Beschluss über die neuen Gebühren erst heute gefasst wurde, konnten die aktuellen Werte noch nicht in den Haushaltsplanentwurf übernommen werden.

Durch den Beschluss über ein neues Gebührensystem für das Parkbad muss es uns ebenfalls gelingen, die Belastung für den Haushalt erheblich zu reduzieren.

Steigendes Defizit – steigende Schulden

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Ende meiner Etatrede zum Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2010. Ich habe versucht Ihnen aufzuzeigen, wie gravierend sich die Weltwirtschaftskrise auf die Einnahmen für unsere Gemeinde auswirkt und noch weiter auswirken wird. Düstere Zeiten kommen auf uns, kommen

auf die gesamte öffentliche Hand in den nächsten Jahren zu. Trotz fortgesetztem Sparkurs wird es uns nicht gelingen, die zu erwartenden Defizite abzubauen. Das zeigt sehr deutlich der Blick auf die Entwicklung des Defizites der Haushalte in der Vergangenheit und in der erwarteten Zukunft nach der mittelfristigen Finanzplanung. Während es uns wie nur wenigen anderen Kommunen gelungen ist, bis Ende 2008 unsere Defizite abzubauen, kommt in diesem Jahr ca. eine halbe Mio. Euro und im kommenden 3,15 Mio. Euro dazu. Für 2011 wird ein erneutes jahresbezogenes Defizit erwartet, sodass die Defizitkurve nach der Finanzplanung in der Zukunft weiter nach oben zeigt. Genauso verläuft die Kurve bei dem Verschuldungsgrad wie man in der folgenden Graphik sehen kann. Die Lage ist also sehr, sehr ernst.

Dennoch dürfen wir nicht in Depression verfallen oder nur auf besseres finanzpolitisches Wetter hoffen. Es ist Aufgabe der Politik, nicht nur zuversichtlich zu sein, sondern auch nach eigenen Lösungen für das Problem zu suchen. Wir müssen uns noch weiter anstrengen und versuchen weitere Einsparungen zu finden, auch wenn das sehr schwierig und auch schmerzhaft werden wird. Ich lade daher alle Fraktionen dazu ein, sich bei den Beratungen über den Haushaltsplanentwurf auch Gedanken darüber zu machen, wie wir gegensteuern. Aber ich sage auch ausdrücklich, dass mit der Einbringung des Haushaltes die Überlegungen im Gemeindevorstand nicht zu Ende sind. Auch mit den Kollegen im Main Taunus-Kreis, die ja vor den gleichen Problemen stehen, wollen wir uns zusammensetzen und diskutieren, ob es bei gemeinsamen Problemen vielleicht auch gemeinsame Lösungsansätze geben kann. In einer Klausur wird sich die Bürgermeisterdienstversammlung genau dieser Thematik annehmen. Insofern kann der eingebrachte Haushaltsplanentwurf nur einen Zwischenstand darstellen.

Konsolidierung wird schwierig

Wo könnten wir noch ansetzen? Mit dem Beschluss über den neuen Gebührenvorschlag im Bereich des Bestattungswesens haben wir einen ersten kleinen Ansatz für eine Haushaltsverbesserung gemacht. Aber wie ich bereits ausgeführt habe, muss auch im Bereich des Parkbades durch eine neue Gebührenfestsetzung eine erhebliche Haushaltsverbesserung erreicht werden. Aber nicht nur hier sollte eine interkommunale Zusammenarbeit ins Auge gefasst werden. Auch in anderen Bereichen werden wir das prüfen müssen. Die aufsuchende Seniorensozialarbeit ist dabei ein Thema, bei dem schon Gespräche mit Hattersheim

begonnen wurden. Aber auch im Bereich des Standesamtes könnte es Synergieeffekte geben, wenn wir uns zusammen tun. Hier gibt es neue rechtliche Regelungen, die das sympathischer aussehen lassen als in der Vergangenheit.

In Verfolgung dieser Prüfung haben sich die Kommunen des Main-Taunus-Kreises zu einer Arbeitsgruppe „Interkommunale Zusammenarbeit“ zusammengeschlossen, bei der auch wir mitarbeiten. Das Thema ist nicht einfach, was die ersten Treffen gezeigt haben, weil die Strukturen doch sehr unterschiedlich sind. Aber es muss versucht werden, dort zusammenzuarbeiten, wo Kosten gespart werden können und wo durch eine Zusammenarbeit das Selbstverständnis der selbständigen Kommunen nicht gefährdet wird.

Sicherlich müssen wir uns auch zukünftig noch mehr um die Erarbeitung von schlüssigen städtebaulichen Konzepten kümmern, um die Grundstücke vermarkten zu können, die wir für bebaubar halten. Wie schwierig das ist, zeigt aber schon der Prüfungsauftrag für die Veräußerung der Grundstücke am Mühlbach. Die Entscheidung, das Seniorenpflegezentrum im Bereich des Brunnenweges anzusiedeln, war vor diesem Hintergrund sicher eine kluge Entscheidung, denn das hält die Möglichkeit aufrecht, für das Filetgrundstück am Bahnhof eine marktgerechte Konzeption zu erarbeiten um hier Einnahmen zu erzielen. Aber all das bindet auch wieder erhebliche personelle Ressourcen in unserer doch stark ausgedünnten Verwaltung. Deshalb sollten wir die Dienstleistungen der Verwaltung auch einmal einer Aufgabenkritik unterstellen. Denn ich behaupte, dass das, was die Verwaltung leistet, nicht mehr wesentlich wirtschaftlicher erbracht werden kann. Welche Dienstleistungen erbringen wir und welche müssen wir zwingend erbringen? Gibt es Dinge, auf die wir verzichten können? Wie können wir die Verwaltung durch Reduzierung von Aufgaben oder Standards bei der Erfüllung der Aufgaben entlasten? Auch diese Fragen müssen wir uns im Bestreben um eine Haushaltskonsolidierung stellen.

Ausblick

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies ist der 5. Haushaltsplanentwurf, den ich unter meiner Verantwortung in dieses Haus einbringe, und es ist gleichzeitig auch der schwierigste. Die Situation schlägt wirklich aufs Gemüt. Aber es hilft nicht zu jammern, sondern wir müssen dennoch versuchen, zuversichtlich in die Zukunft

zuschauen und kreativ handeln, um das Schlimmste von unserer Gemeinde abzuwenden. Wir werden dabei auch schwierige und schmerzliche Entscheidungen treffen müssen. Ich bitte Sie alle deshalb sehr herzlich, dass wir gemeinsam diesen Weg gehen, so wie wir auch gemeinsam die wichtigen Investitionsentscheidungen für unsere Infrastruktur getroffen haben. Wenn es gut geht, ist Zusammenstehen etwas Schönes - wenn es schlecht geht, etwas Unverzichtbares. Neben den Sparbemühungen wird es auch darum gehen, unsere Bürgerinnen und Bürger auf Einschnitte vorzubereiten. Neben diesen Sparbemühungen muss es aber auch darum gehen, die Einnahmesituation zu verbessern. Mit der Erschließungsstraße werden dafür die Grundlagen geschaffen.

Lassen Sie uns gemeinsam diese Aufgaben anpacken! Dann werden wir auch diese Krise bewältigen, meine Damen und Herren.

Max Frisch hat einmal gesagt: „**Krise kann ein produktiver Zustand sein. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen**“. Hoffentlich behält er recht.

Dank

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich mich ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr herzlich bedanken. Wir haben ihnen gerade im vergangenen Jahr wieder sehr viel zugemutet und abverlangt. Die großen Investitionsmaßnahmen, die Umstellung auf die Doppik die immer noch sehr viel Zeit und Personal bindet, es mussten Personalabgänge kompensiert werden und neue Ideen für die Kinderbetreuung entwickelt werden. Das ist für eine so kleine Verwaltung eine immense Leistung und war auch mit vielen Entbehrungen verbunden. Auf dieses besondere Engagement sind wir stolz, und Kollege Jirasek und ich möchten uns dafür noch einmal bedanken. Ich bedanke mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Gemeindevorstandes, dass sie sich mit dem umfangreichen Zahlenwerk und der neuen Systematik auseinandergesetzt und den Haushaltsplanentwurf konstruktiv beraten haben.

Ich wünsche ihnen nun gute Beratungen und bitte noch einmal um Zustimmung für die vorgelegten Entwürfe des Haushaltsplanes der Gemeinde Kriftel für das Haushaltsjahr 2010 sowie den Wirtschaftsplan der Gemeindewerke. Wie gewohnt werden wir Sie zu den Haushaltsberatungen noch mit ergänzenden

Informationsdrucksachen bedienen. Ebenfalls werden wir zu den Haushaltsberatungen auch einen Entwurf für das Haushaltssicherungskonzept vorlegen, das nach dem Haushaltsrecht vorgeschrieben ist. Darüber hinaus wird wie verabredet eine erste Übersicht der Rahmendaten für die Eröffnungsbilanz erstellt. Wie in den vergangenen Jahren stehen wir sowie nach Absprache auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung Ihnen selbstverständlich zur Verfügung, wenn Sie bei Ihren Beratungen Fragen haben oder Erläuterungen wünschen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Christian Seitz
Bürgermeister